

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	13
Einleitung	15
1. Bedeutung des Themas	15
2. Gang der Untersuchung	18
Erstes Kapitel: Die Umstrukturierung der Sozialversicherung	21
3. Die wirtschaftlichen, demographischen und gesellschaftlichen Grundlagen der Sozialleistungen	21
4. Die aktuellen Rahmenbedingungen der Sozialversicherung und die entsprechende Umstrukturierung	24
4.1. Die gesetzliche Krankenversicherung	25
4.2. Die gesetzliche Rentenversicherung	26
4.3. Soziale Sicherung der Frauen	30
4.4. Altersarmut	33
4.5. Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung	34
4.5.1. Der versicherte Personenkreis als eine Volksversicherung	35
4.5.2. Der Leistungsumfang als eine Grundsicherung	36
5. Fragestellung	37
Zweites Kapitel: Die verfassungsgeschichtliche und verfassungsrechtliche Grundlage der Sozialversicherung und Sozialhilfe	41
6. Ausgangslage	41
6.1. Die Entstehung der Sozialversicherung – Vom liberalen Rechtsstaat zum Sozial- und Interventionsstaat	41
6.1.1. Die bürgerliche Bewegung und die Trennung von Staat und Gesellschaft	41
6.1.2. Die Entstehung der sozialen Frage und die Ansatzpunkte zu ihrer Lösung	45
6.1.3. Die Einrichtung der Sozialversicherung als der Übergang zum Interventionsstaat	48
6.2. Die historische Entwicklung der Armenfürsorge im Vergleich mit der Sozialversicherung	50
6.3. Der soziale Rechtsstaat im verfassungsstaatlichen Rahmen	52
6.3.1. Einleitung	52
6.3.2. Inhalt und Funktion der Sozialstaatsgarantie	54

6.3.2.1 Eine Vorbemerkung – vom formellen Rechtsstaat zum materialen Rechtsstaat	54
6.3.2.1.1 Das formelle Rechtsstaatsverständnis	54
6.3.2.1.2 Materialisierung des Rechtssystems durch die sozialstaatliche Intervention	57
6.3.2.1.3 Das materiale Rechtsstaatsverständnis im Grundgesetz	58
6.3.2.2 Normativität des Sozialstaatsprinzips	61
6.3.3. Die soziale Staatszielbestimmung im Gefüge der Staatsfundamentalnormen	67
6.3.3.1 Freiheitsverbürgung als Voraussetzung bei der Verwirklichung der Sozialstaatlichkeit	67
6.3.3.2 Die rechtsstaatlichen Einbindungen sozialstaatlicher Gestaltung	69
6.3.3.3 Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers	71
6.3.4. Wirtschaftsstruktur und Sozialstaatlichkeit	73
6.3.5. Fazit	74
Drittes Kapitel: Die Sozialversicherung und die Sozialhilfe im Verfassungsstaat	77
7. Sozialhilfe als eine Mindestsicherung der Menschenwürde	77
7.1. Führung eines menschenwürdigen Daseins als Leitidee der Sozialhilfe	78
7.1.1. Menschenwürde des Art. 1 Abs. 1 GG als Basisnorm	78
7.1.2. Die subjektive Rechtsstellung der Sozialhilfeempfänger	81
7.1.3. Menschenwürde und Existenzminimum	82
7.2. Die tragenden Grundsätze der Sozialhilfe	86
7.2.1. Bedarfsdeckungsprinzip	86
7.2.2. Nachrangigkeitsprinzip	88
7.3. Abstandsgebot zwischen dem Leistungsniveau der Sozialhilfe und dem Einkommen unterer Lohngruppen	89
7.4. Leistungsarten der Sozialhilfe mit unterschiedlichen Zielsetzungen	91
7.5. Die neue Entwicklung der Armutsproblematik	93
8. Sozialversicherung als Verwirklichung einer gehobenen sozialen Sicherheit	94
8.1. Gewährleistung einer gehobenen sozialen Sicherheit	94
8.2. Sozialversicherung als ein verfassungsrechtlicher Gattungsbegriff	96
8.3. Grundprinzipien der Sozialversicherung	97
8.3.1. Das Versicherungsprinzip	97
8.3.2. Zwangsversicherung	98
8.3.3. Sozialer Ausgleich	99
8.3.3.1 Sozialer Ausgleich, Umverteilung und Solidarität unter den Versicherten	99
8.3.3.2 Sozialer Ausgleich durch die Gestaltung der Leistungs-Gegenleistungs-Beziehung	101
8.4. Das Problemfeld des sozialen Ausgleichs	103

8.4.1. Sozialer Ausgleich und die Schutzbedürftigkeit	103
8.4.2. Die Legitimationsfrage des sozialen Ausgleichs	106
8.4.2.1 Die Debatte über die Gruppenhomogenität der Versicherten	106
8.4.2.2 Die Debatte über die Finanzierung der Fremdlasten	107
8.4.3. Fazit	110
9. Vergleich zwischen Sozialversicherung und Sozialhilfe	110
9.1. Die funktionale Stellung der Sozialversicherung und Sozialhilfe im System sozialer Sicherheit	111
9.2. Der Umfang der Eigenverantwortung bei Sozialversicherung und Sozialhilfe	113
9.3. Die Würde der Leistungsempfänger beim einseitigen oder gegenseitigen Leistungsverhältnis	117
9.4. Die Bedeutung der Steuer- und Beitragsfinanzierung	120
9.4.1. Steuerfinanzierung	120
9.4.2. Beitragsfinanzierung und Umverteilung	123
9.4.3. Staatszuschüsse zur Sozialversicherung	126
9.5. Zwischenbilanz	127
 Viertes Kapitel: Verfassungsrechtliche Problematik bei der Ausdehnung der Sozialversicherung – am Beispiel der sozialen Pflegeversicherung	 129
10. Die Pflegebedürftigkeit als ein allgemeines Lebensrisiko – Von der Sozialhilfe zur Sozialversicherung	129
11. Die Bedenken gegen die Volksversicherung	133
11.1. Führt die Volksversicherung zu einem totalen Versorgungsstaat?	133
11.1.1. Die Argumentation im Lichte des Subsidiaritätsprinzips	134
11.1.2. Die Auffassung des Bundesverfassungsgerichts	138
11.1.3. Fazit	139
11.2. Versicherungspflicht als Beschränkung der allgemeinen Handlungsfreiheit der Versicherten	139
11.3. Ist eine Volksversicherung noch eine Sozialversicherung?	141
11.3.1. Das traditionelle Bild der Sozialversicherung und ihr Personenkreis	141
11.3.2. Die Auseinandersetzung um den Begriff der Sozialversicherung	143
11.3.3. Fazit	145
11.4. Zwischenergebnis	146

Fünftes Kapitel: Die verfassungsrechtliche Problematik des Leistungsniveaus zwischen Sozialversicherung und Sozialhilfe – am Beispiel der Absenkung des Rentenniveaus	149
12. Bestandsschutz sozialversicherungsrechtlicher Positionen	149
12.1. Entwicklung der verfassungsrechtlichen Prüfungsmaßstäbe in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts bis 1980	149
12.1.1. Rechtsstaatsprinzip und Vertrauensschutz	150
12.1.2. Handlungsfreiheit i. S. des Art. 2 Abs. 1 GG	152
12.1.3. Eigentumsschutz i. S. des Art. 14 Abs. 1 GG – von der Ablehnung zur zurückhaltenden Anwendung	152
12.2. Die Bedenken gegen die Anwendung des Eigentumsschutzes auf sozialversicherungsrechtliche Positionen	153
12.3. Die Einbeziehung der sozialversicherungsrechtlichen Positionen in den Schutzbereich des Art. 14 GG	155
12.3.1. Die Wende der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts im Jahr 1980	155
12.3.2. Gesetzgeberische Gestaltungsbefugnis und Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums	158
12.3.2.1 Der personale und der soziale Bezug als Elemente der sozialversicherungsrechtlichen Positionen und der abgestufte Eigentumsschutz	158
12.3.2.2 Eigenleistung als verfassungsrechtlich geschützte Anteilsgerechtigkeit	159
12.3.2.3 Das Verhältnismäßigkeitsprinzip	161
12.3.2.4 Vertrauensschutz nach Art. 14 GG	163
12.3.3. Zwischenergebnis	165
12.4. Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der aktuellen Sparmaßnahmen gemäß Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG	165
12.4.1. Kürzung der Ausbildungszeiten	165
12.4.2. Anhebung der Altersgrenzen und Änderung der Anpassungsformel	167
12.5. Praktische Bedeutung der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Eigentumsschutz der Renten	169
13. Gleichheitsprobleme zwischen den Sozialhilfeempfängern und den Angehörigen der unteren Lohngruppen	171
13.1. Gleichbehandlungsgebot im Bereich der Sozialleistungen	171
13.1.1. Allgemeines Gleichheitsgebot	171
13.1.2. Sozialstaatsprinzip und Gleichheitsgebot im Sozialrecht	174
13.2. Das systemübergreifende Gleichheitsproblem zwischen Sozialhilfeempfängern und unteren Lohngruppen	176
13.2.1. Rechtfertigung der Differenzierung zwischen Rentenversicherung und Sozialhilfe	176

13.2.2. Die Ungleichheiten zwischen Versicherten unterer Lohngruppen und Sozialhilfeempfängern bei den steuerlichen und familiären Belastungen	177
13.2.3. Die Ungleichheiten zwischen Rentnern unterer Lohngruppen und Sozialhilfeempfängern durch die Rentenkürzung und die Einführung der Riester-Rente	179
14. Zwischenergebnis	181
Sechstes Kapitel: Das Gleichheitsproblem zwischen den Versicherten mit Kindern und denen ohne Kinder in der umlagefinanzierten Sozialversicherung	183
15. Kindererziehung in der Sozialversicherung als eine Querfrage	183
15.1 Die strukturellen Gründe für intertemporale und interpersonale Ungleichheiten in der altersbedingten Sozialversicherung	184
15.2. Die verfassungsrechtliche Auseinandersetzung über die Anerkennung der Kindererziehung in der Sozialversicherung	186
15.2.1. Die Themenkomplexe von Sozialversicherung und Familie	186
15.2.2. Einwände gegen die Anerkennung der Kindererziehungstätigkeit im Sozialversicherungssystem	188
15.2.3. Kindererziehung als Angelegenheit der Allgemeinheit oder der Sozialversicherung? Die Finanzierung der Kindererziehung	190
15.2.4. Die Einbeziehung der Kindererziehung in die gesetzliche Rentenversicherung	192
15.2.4.1 Die Bewertung der Kindererziehungszeiten	192
15.2.4.2 Die Anerkennung von Kindererziehung und Eigentumschutz	195
15.2.5. Die Einbeziehung der Kindererziehung in der sozialen Pflegeversicherung	196
15.3. Zwischenergebnis	200
Siebttes Kapitel: Ein Umbruch der bestehenden Sozialversicherungs- und Sozialhilfesysteme? – am Beispiel der Einführung der bedarfsorientierten Grundsicherung	201
16. Die Diskussion über die Einführung einer sozialen Grundsicherung	201
17. Die bedarfsorientierte Grundsicherung als eine modifizierte Sozialhilfe	203
18. Verfassungsrechtliche und sozialpolitische Anmerkungen	204
Schlussfolgerung und Ausblick	207
Literaturverzeichnis	213